

Winterthur 17. Juni 2014

Gemeinsame Medienmitteilung der Gewerkschaft VPOD, des Personalverbands Stadt Winterthur und des Polizeibeamtenverband der Stadt Winterthur

Städtisches Sparpaket: die Schmerzgrenze des Personals ist überschritten

Offenbar ist sich der Stadtrat bewusst, dass es dieses Mal zwingend eine Steuererhöhung braucht. Mit der Absicht, beim Personal und den sozial Schwächsten zu sparen, macht es sich der Stadtrat aber zu einfach. Dieses Vorgehen ist nicht akzeptabel.

Schon wieder auf dem Buckel des Personals

Es ist kaum zu fassen! Der Stadtrat plant ein Übergangsbudget, mit dem zentralen Element einer Lohnkürzung von 2% beim Personal. Insgesamt kommt das Personal für die Hälfte des gesamten Sparbetrages 2015 auf, was 15 Millionen Franken entspricht. Dies ist unverständlich in Anbetracht der Sparmassnahmen, die das Personal bereits jetzt betreffen.

Wir erinnern uns:

- Das Personal trägt 12 Franken Millionen zum Sparpakete Effort₁₄₊ bei (das sind rund 25% aller Einsparungen).
- Es wurden 38 Stellen abgebaut, und das in einer Situation, in welcher die Bevölkerung wächst (Bevölkerungswachstum seit 2003 13,3%, Zunahme Beschäftigungsumfang seit 2003 8.2%) und die Ansprüche an die Verwaltung stetig steigen.
- Nicht nur gab es seit 2012 keine Lohnanpassungen. Vielmehr hat das Personal Ende Monat weniger im Portemonnaie, da es auch noch einen erheblichen Beitrag zur Sanierung der Pensionskasse leistet.
- Vergessen wir nicht das neue Parkplatzregime, das für viele Mitarbeitende der Stadt eine reale Lohnreduktion von bis zu 100 Franken pro Monat bedeutet.

Der Druck auf das Personal ist sehr gross - Stress und Unzufriedenheit steigen. Ein Lohnabbau wird diesen Trend verstärken mit der Konsequenz, dass die Schmerzgrenze der Mitarbeitenden überschritten wird und die Stadt Winterthur definitiv keine attraktive Arbeitgeberin mehr ist. Bereits jetzt bestehen verschiedentlich erhebliche Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu rekrutieren.

Sparen bei den Gemeindegremien ist äusserst bedenklich

Die geplanten Sparmassnahmen bei den Gemeindegremien für AHV/IV-Bezüger/innen treffen Menschen, die sich bereits in einer sehr schwierigen Situation befinden. Es trifft Menschen, die in unserer Gesellschaft benachteiligt sind, und es trifft speziell die Frauen, deren Altersvorsorge leider noch immer jener der Männer hinterherhinkt.

Ansprechpersonen:

VPOD: Georg Munz, 044 295 30 12 / 0763648258

PVW: Sarah Bolleter, 052 267 59 75

PBV: Daniel Kindlimann, 052 267 65 68